

Saale-Beitung.

achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 gepulverte Kolonnen
oder deren Raum mit 80 Pf. be-
deckt und in unterm Windmühlens
und allen Anzeigen - Gebühren an-
genommen. Reklamen die Seite 1 Mt.
Schlag der Inseratentnahme; norm.
11 Uhr, in der Sonntagsnummer
abends 6 Uhr.

Ercheint täglich zweimal.

Schreibweise und Druck - Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Braunschweig 17;
Rebengasse 12.

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher
Anstellung 2,50 Mt., nach die Post
2,25 Mt., auswärts Postzusatzgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Um amtlichen Rechnungs-Bezugnis
unter "Saale-Beitung" eingetragen.
Der unentgelt eingehende Konsumtive
wird keine Gebühr abgenommen.
Rechnung nur mit Contoanweisung
"Saale-Beitung" gestattet.

Bezugspreis der Schriftleitung Nr. 1140
der Angewandten Abteilung Nr. 176
der Abtheilungs-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 214.

Halle, Freitag, den 8. Mai

1914.

Die Befolgung der preussischen Unter- beamten.

Man schreibt uns:

Sehr geehrte Redaktion!

Wir erlauben uns, Ihnen an unsere Unterredung am
23. 4. 14 bezugnehmend, praktische Beispiele für die Unhalt-
barkeit des Systems der Ausgleichszulagen zu geben.

Die Interessentenkommission für Weichensteller des „All-
gemeinen Verbandes der Weichensteller, Bahnwärter und
deren Hilfsbeamten“ (Sitz Barmen) setzt uns in den Stand,
an Hand einwandfreier Beispiele die ganze Unhaltbarkeit
des im Bereiche der preussisch-heftigen Eisenbahngemein-
schaft üblichen Systems der Ausgleichszulagen darzulegen.

In einer kleinen Industriestadt des Eisenbahndirek-
tionsbezirkes Köln mit 50 000 Einwohnern erhalten die
Bahnarbeiter einen Tagelohn von 3,60 bis 4,30 Mt., er-
reichbar in 10 Jahren. Die mit den Dienstverrichtungen
eines Bahnarbeiters ständig betrauten Eisenbahnarbeiter,
eines Hilfsbahnwärters, erhalten eine Funktionszulage von
0,20 Mt. pro Tag. Ein Hilfsbahnwärter also, der 10 Jahre
bei der Bahn ist, erhält einen Gesamttagelohn von 4,50
Mt. oder ein Jahreseinkommen von 1642,50 Mt.

Wird nun dieser Hilfsbahnwärter als etatsmäßiger
Bahnwärter angestellt, so erhält er ein Gehalt von 1100
Mt. und das örtliche Wohnungsgeld von 360 Mt., zu-
sammen 1460 Mt. Er bezieht also als angestellter Beamter
um 817,50 Mt. weniger, als er bisher als Arbeiter an Lohn
bezogen hat. Durch Anordnung des Herrn Eisenbahn-
ministers von Breitenbach sollen ihm von der Differenz
80 Prozent als Ausgleichszulage vergütet werden. Der
Bahnwärter bekommt also zu seinen 1460 Mt. noch 146 Mt.
Ausgleichszulage. Seine Beförderung bedeutet also für
ihn immer noch eine finanzielle Schädigung von 36,50
Mt.

Da nun aber diese Zulage bei jeder Gehaltsvorrichtung
den Betrag der Gehaltszulage getilgt wird, wird der
arme Bahnwärter erst 15 Jahre nach seiner Beförderung
zum Bahnwärter eine fühlbare Verbesserung seiner Bezüge
um ganze 24 Mt. erfahren. Das soll sogleich schematisch
aufgezeigt werden.

Wohnungs- Ausgleichs- Effektivs

Jahr	Gehalt Mt.	Wohnungs- geld Mt.	Ausgleichs- zulage Mt.	Einkommen Mt.
1914	1100	360	146	1606
1917	1140	360	106	1606
1920	1180	360	66	1606
1923	1240	360	6	1606
1926	1240	360	0	1606
1929	1270	360	0	1630

Feuilleton.

Kaiser Franz Josef und die preussischen Hinterläder 1864.

In der bekannten „Memoiren-Bibliothek“ des Verlages
Robert Lutz in Stuttgart ist vor kurzem ein Werk erschienen,
das eine wertvolle Bereicherung der Kriegsmemoiren-Literatur
darstellt: die „Memoiren eines österreichischen General-
stabsobersten von Ritter Gröndorf von Zebeggen“. Der Historiker
Professor Dr. Hermann Duden hat dem Buche ein Geleitwort
mitgegeben, worin er als Präsident den geschichtlichen
Quellenwert des Wertes hervorhebt. Aber neben dieser Be-
deutung des Buches als Geschichtsquelle kommt ihm ein be-
sonderer Wert als Lebensbotum zu. Der Verfasser, der
von 1825 bis 1864 als Hauptmann im Generalstab stand
und kurz vor 1866 wegen einer Sichelkrankheit den Abschied
nahm, hatte bis dahin eine beispielsweise glänzende Karriere
gemacht. Er hat viel erlebt und gesehen, und verliert es
keinen schätzbarsten Lebensroman mit einer Perle zu er-
schaffen, daß auch nicht einen Augenblick das Interesse des
Lesers erlahmt. Lustiges und Trauriges, Schönes und Höf-
liches tritt aufgereiht an der Perlenkette seiner Erinnerungen;
die Stürme der 1848er Revolution umbrauen seine Jugend;
Liebesabenteuer, Duell, Walzergänge und das tragische
Spittlern von Frauenen mangeln sich später ineinander. Viel
herzliche muß Gröndorf erzählen, aber auch die frohgemute
Lebensbegeisterung des Unerschrockenen kommt überall zu ihrem
Recht. Ein prächtiges Buch, geschrieben von einem Reichs-
männchen. Es ist in vielem die typische Geschichte einer alt-
österreichischen Offizierslaufbahn, spannend und vollgepackt
mit Abenteuer und - Leistungen. Leistungen, die Heiber
erschauen lassen und dem allzu Offenberzigem mehr abgeben,
als anderen ihre großen Fehler. Im folgenden geben wir
einen interessanten kleinen Auszug aus dem Buche. Gröndorf
stand 1864 in Zürich als Adjutant Gablens' und er-
zählt von einer Dienstreise nach Wien:

In Wien wurde ich vom ersten Generaladjutanten des
Kaisers, dem Grafen Crenneville, in gnädiger Weise aufge-
nommen und verständigt, daß der Kaiser mich in Ludwig
empfangen würde. Crenneville, der mit dem Feldzuge 1859
er sehr gewogen war, deutete mir an, daß diese Audienz
für meine ganze Zukunft entscheidend sein werde, und warnte
mich daher, bei Se. Majestät über unsere Vorderladengewehre
zu klagen. Mit einer solchen Klage habe ich bereits König
Wilhelm von Württemberg die Allerhöchste Gnade verschert.

Ein anderer Bahnwärter in derselben Stadt ist seit
8 Jahren angestellt. Vor seiner Anstellung war er ebenso
lange wie sein Kollege Bahnarbeiter und Hilfsbeamter.
Aber zu seiner Zeit waren die Arbeitslöhne noch niedriger
und das System der Ausgleichszulagen noch nicht in
Uebung. Er erhielt nur seinen nackten Gehalt und keine
Ausgleichszulage. Er bezieht daher zurzeit ein zweimaliger
Aufschlag 1180 Mt. + 360 Mt. = 1540 Mt., also um 66
Mt. weniger als sein 8 Jahre dienstlängerer Kollege.
Nach bei seiner nächsten Gehaltsaufhöhung wird er noch
36 Mt. weniger an Einkommen haben als dieser, auch nach
6 Jahren bei der übermäßigen Gehaltsvorrichtung wird er
noch weniger Einkommen haben und erst nach 9 Jahren wird
er um 24 Mt. mehr beziehen als jener.

Die Sache wird jedoch noch toller. Der an zweiter
Stelle genannte Bahnwärter wurde vor kurzem zum
Weichensteller befördert. Er bezieht daher zurzeit 1190 Mt.
Gehalt und 360 Mt. Wohnungsgeld, zusammen 1550 Mt.
Der neben ihm auf dem Stellwert arbeitende Hilfsweichen-
steller bezieht nach den dortigen Arbeiterlöhnen 4,30 Mt.
Tagelohn und 60 Pfg. Funktionszulage, zusammen 4,90 Mt.,
im Jahre 1788,50 Mt. Der „beförderte“ Bahnwärter be-
zieht also um 238,50 Mt. jährlich weniger als der neben ihm
arbeitende Hilfsweichensteller, obwohl dieser erst 10 Jahre
im Eisenbahndienst ist, er aber 10 Jahre als Arbeiter und
Hilfsbeamter und 8 Jahre als Bahnwärter, zusammen 18
Jahre.

Wird nun der neben genannte Hilfsbeamte etats-
mäßig - Bahnwärter - und bleibt auf dem Stellwert, so
erhält er 1100 Mt. Gehalt und 360 Mt. Wohnungsgeld.
Dazu als Ausgleichszulage 80 Prozent der Differenz zwischen
seinem jetzigen Einkommen und seinem zuletzt bezogenen
Lehneinkommen. Die Differenz beträgt 328 Mt., 80 Proz.
davon sind 260 Mt. An Gesamteinkommen bezieht also der
neue angestellte Bahnwärter 1720 Mt. oder 170 Mt. mehr
als der nach 8 jährigem Dienst als Bahnwärter zum Wei-
chensteller „beförderte“ neben ihm arbeitende Weichensteller.

„Es kann unmöglich so weiter gehen“, fährt der Bericht
fort, „nach diesem System, daß die älteren schon lange an-
gestellten Unterbeamten als Weichensteller und Bahn-
wärter um durchschnittlich 200 Mt. jährlich weniger Ein-
kommen haben als die viel dienstjüngeren Hilfsbeamten
und neugestellten Bahnwärter und Weichensteller, wenn
nicht eine große Unzufriedenheit und ein großes Mißtrauen
gegen die Königl. Verwaltung und den Landtag unter den
betroffenen Unterbeamten eintreten soll.“

Helfen kann hier aber nur folgendes: Einmal muß der
Grundsatz in das Befolgungsgesetz aufgenommen werden,
daß ein Arbeiter bei seinem Uebergang in
das Beamtenverhältnis oder ein Beamter
bei seinem Uebergang in eine Beförderungs-

stelle gleich in die Gehaltsstufe der Gehalts-
klasse der neuen Stellung eintritt, auf der
er zuzüglich des örtlichen Wohnungsgeldes
an Gesamteinkommen mindestens soviel be-
zieht, als er in seiner bisherigen Stellung
bezogen hat.

Zur Veranschaulichung exemplifizieren wir wieder auf
den zuerst genannten Hilfsbahnwärter. Dieser bezieht zur-
zeit ein Gesamteinkommen von 1642 Mt. Das Gesamt-
einkommen eines etatsmäßigen Bahnwärters bezieht sich
aber auf den einzelnen Gehaltsstufen zuzüglich 380 Mt.
Wohnungsgeld auf 1460 - 1500 - 1540 - 1570 - 1600 -
1630 - 1660. Der Hilfsbahnwärter müßte also bei seiner
etatsmäßigen Anstellung gleich in die Stufe 1660 einrücken.
Wenn die Gehälter der Bahnwärter um 100 Mt. im An-
fangs- und Endgehalt erhöht werden, würden sich die Ge-
samteinkommen wie folgt beziffern: 1560 - 1600 - 1640 -
1670 - 1700 - 1730 - 1760. Der Hilfsbahnwärter hätte
dann bei seiner Anstellung gleich in die Stufe 1670 einzu-
rücken und alle drei Jahre aufzurücken.

Diese Maßnahme allein durchzuführen, würde jedoch das
Uebel nicht verringern, sondern verschlimmern. Es würden
dadurch äußerst ungerechte Ueberholungen von be-
reits angestellten Bahnwärttern und Wei-
chenstellern durch neu zur Anstellung gelangende Hilfs-
bahnwärter und Hilfsweichensteller erfolgen. Um dem vor-
zubeugen, müßte mit der ersten Maßnahme notwendig eine
allgemeine Neuverteilung des Befolgungs-
dienstalters verbunden werden, in der Art, daß an-
genommene würde, die bereits angestellten Bahnwärter und
Weichensteller wären im Moment des Intraf-
tretens obigen Befolgungsgrundgesetzes an-
gestellt worden, und außerdem hier dadurch
genommene neues Befolgungsdienstalter
um so viel Jahre vor datiert würde, als sie an-
gestellt sind.

Endlich muß eine durchgreifende Aufbesserung der Ge-
hälter der unteren Beamten erfolgen. Nichts ist geeigneter,
dies zu begründen, als das obige Beispiel, wonach ein zur
Anstellung gelangender Bahnwärter gleich in die feste Stufe
seiner Gehaltsklasse einrücken muß, wenn er auf ihr zuzüg-
lich des örtlichen Wohnungsgeldes an Gesamteinkommen
soviel beziehen soll, als er als Hilfsbahnwärter im Ar-
beitsverhältnis bezogen hat.

Diese Maßnahmen sind allein geeignet, die geradezu
unglaublichen Mißstände und Härten, die der Umstand, daß
der Arbeiterlohn häufig höher ist als das Unterbeamten-
gehalt, und das darin wurzelnde System der Ausgleichs-
zulagen gerechtfertigt haben.

Wir haben hier auf die Kategorie der Weichensteller
und Bahnwärter exemplifiziert, weil wir von dem Bericht

Daraufhin antwortete ich Sr. Excellenz: „Was freiem Antriebe
wäre ich nicht über die Lorenz-Gewehre sprechen. Sollte mich
Se. Majestät aber danach fragen, so muß ich doch die volle
Wahrheit sagen, das halte ich für meine heilige Pflicht.“
„Tun Sie, was Sie nicht lassen können“, war die knappe,
in sehr agiertem Tone gegebene Antwort des einhigen Gönners,
der für mich die hohe Auszeichnung einer besonderen Audienz
erwirkt hatte.

Als ich am folgenden Morgen zeitlich morgens vor dem
Allerhöchsten Herrn erschien, empfing mich Se. Majestät in
gnädiger Weise mit den Worten: „Sie haben sich in zwei
Feldzügen nacheinander ausgezeichnet, ich habe Sie wieder-
holt dekoriert und wünsche jetzt einen eingehenden Bericht
über Ihre Wahrnehmungen bei den im Felde stehenden
Truppen, denen meines hohen Mißtrons und bei meinem
VI. Armeekorps.“ Ich begann meinen Vortrag mit der Schilder-
ung unserer ganz neu geschaffenen Armeekorps-Verhältnisse,
den sogenannten Impedimenta, deren Organisation und Ad-
ministration wahrhaft musterhaft war. Wir hatten ganz
vorzüglich konstruierte Fahrzeuge im Train des Armeekorps
und besonders die Munitionskorps und die Sanitätswagen zeich-
neten sich durch Venbarkeit sowohl als durch zweckentsprechende
Einrichtung aus. Um diese Fahrzeuge wurden wir von
unseren Waffenrüdern in der preussischen Armee laut be-
neidet, weil die letztere noch vielfach altes Gerumpel aus den
französischen Feldzügen mitführte.

Während ich begeistert von unseren Fortschritten auf
diesem Gebiete der Heeresverwaltung berichtete, leuchteten
die blauen Augen des Kaisers so glänzend, daß ich Tränen
der Freude in den tiefen Wimpern sah. Der Kaiser nickte
widerwillig sehr gnädig mit dem Haupte, lächelte wohlwollend
und unterbrach mich erst dann im Fortzuge, als ich eine kurze
Pause machte, um auf das nähere Gebiet der Truppen über-
zugehen.

„Sie haben noch nicht vom Generalstab gesprochen“, sagte
Se. Majestät. Meine Antwort war kurz. Ich erbat mir die
Gnade, mich des Urtheils über das Korps, in welchem ich
diene, enthalten zu dürfen. Dies wurde mir in halbwilliger
Weise gewährt. Nun kam ich dem Noli me tangere: der
Kampffart und der Besetzung, immer näher und trachtete
des Kaisers Aufmerksamkeit auf die Leistungen unserer ganz
ausgezeichneten Artillerie zu lenken, indem ich berichtete, wie
die den Brigaden beigegebenen Batterien sowohl als auch die
der Korpsgeschützerei bei allen Affären glänzend ar-
beiteten. Als ich vollends die Worte vortrug, die der dänische
Obergeneral Bindeborn, ein Artillerist, über das Wirken
unserer Geschützerei bei Belle gesagt hatte, perlte helle
Tränen über die Wangen des Allerhöchsten Herrn herab.
(Der dänische Feldherr hatte nämlich laut ausgerufen: „Einer

solchen Artillerie vermag ich nicht standhalten!“ und ord-
nete den Rückzug aus der festen Position jenseits des Belle-
Fjords nach Sorrens an.)

Gleich nach der Artillerie kamen die famosen Leistungen
unserer Jäger und die der Fußtruppen, unserer treff-
lichsten schneidigen Jäger, sowie der tapferen Linien-
regimenter zur Sprache. Ich berichtete über ihr braunrothes
Vorgehen am Königshügel bei Oberzell, bei Jagel, Denersee
und Belle und sagte, daß diese Feldtaten, welche nach an-
strebenden Märdern bei 18-24 Grad Räte und schärfem
Nordwind vollbracht wurden, selbst die Bewunderung unserer
im übrigen nicht kritischeren Waffenbrüder aus der preus-
sischen Armee erlangen hätten.

Der Kaiser schloß über diese Werbung, machte sofort
die Bemerkung, daß er liebhaftes Wohlgefallen an der ganz
kameradschaftl. empfinden, die wir mit den Russen gepflegt
hatten, und ermahnte mich, dies auch Gablens zu sagen.
Zimmer näher kam der kritische Moment, wo die Frage über
die Bewaffnung der Fußtruppen gestellt werden konnte.
Nachdem ich deshalb noch Details von der Artide der
Lichtenfels-Jäger bei Denersee zu berichten und glaubte
sogar über dem Kaiser des Sarkelmarler-Sees zu sein, als
der Kaiser mich plötzlich mit den Worten unterbrach:

„Sie haben mir aber noch gar nichts über unsere Lorenz-
Gewehre berichtet.“ Einen Moment suchte ich, sagte mich
aber bald zu einer weit aussehenden Umgebung der direkten
Antwort, welche kurz ungefähr wie folgt gelaute haben
würde: „Unjere läßt überhoben Vorderlader sind gegen
Hinterlader nicht mehr am Platze.“ Eingedenk der mir von
Crenneville gemachten Warnung sagte ich: „Eure Majestät
bedenken sich, wie ich weiß, auf den Tagden des Lebens-
weges, um öfter und rascher schießen zu können.“ „Ja-
wohl“, war der Kaiser er, „das ist aber etwas ganz anderes.
Ich will nicht, daß sich meine Armeekorps nicht und nach einer
großenartigen Munitionsvorrichtung plötzlich ohne Patronen
beist.“ Die Frage meiner Armeekorps beist, wie Sie ja selbst
gesehen haben, im Bajonettangriff. Der muß gewiß werden.
Sie scheinen auch ein Schwärmer für das preussische Zünd-
nadelgewehr zu sein.“

Diese Versicherung des Kaisers war in erregtem Tone ge-
sprochen: es zeigte sich Kösten am Firmament und es war
der Moment, wo ich hätte schießen sollen. Ich Anglicks-
menschen wagte es aber, meine Ueberzeugung, daß wir sobald
als tunlich Hinterladengewehre anschaffen sollten, vor dem
Allerhöchsten Herrn weiter zu vertreten, indem ich replizierte:
„Der Bajonettangriff soll auch die Force bleiben, aber erst
nach einem ausgiebigen Feuergefecht, das den Gegner müde
gemacht hat.“ Und rauch setzte ich hinzu: „Bei Duppel war
ich Augenzeuge, wie die dänischen Bataillone mit der größten

der Interessentenkommision für Weichensteller des Allgemeinen Verbandes der Weichensteller, Bahnwärter und deren Hilfsbeamten (Sih Barmen) ausgingen. Ganz genau ebenso wie bei den Weichenstellern und Bahnwärttern verhält es sich bei allen anderen Unterbeamtenkategorien der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft.

Der Kolonial-Nachtragsetat in der Budgetkommission des Reichstags.

Die Budgetkommission des Reichstages verhandelte Donnerstag zunächst über den Kolonial-Nachtragsetat, der eine zweite Rate von fünf Millionen Mark für die Landwirtschafsbank in Südwestafrika fordert. Der Berichterstatter empfahl nur die Hälfte zu bewilligen, damit die Kommission noch länger einen Einfluss auf die Entwicklung der Dinge behalte. Gemäß diesem Antrage wurden statt der 5 Millionen zunächst nur 2 1/2 bewilligt.

Die Dampfschiffrenten.

Der Berichterstatter hat ein unangenehmes Gefühl, ob die Kürzung der Unterhaltungen des Reiches nicht eine Schädigung der Schifffahrt mit sich bringen werde. Die Ostafrikanische Linie habe sich doch bisher nur mit Hilfe dieser Unterstützung halten können; und andere Staaten hätten noch viel höhere Unterhaltungen gezahlt. Ein wunder Punkt ist die Aufgabe der Australialinie, die sehr befruchtend auf unsere Schifffahrt und den deutschen Handel gewirkt hat. Sie vermochte aber den berechtigten Anforderungen des Verkehrs doch nicht zu genügen; in der Höhe und Vorkosten der Förderung blieb sie hinter den englischen Linien zurück. Der Lloyd hat erklärt, er könne eine verbesserte Australialinie nicht unter zehn Millionen Unterstützung einrichten. So haben wir uns denn schweren Herzens entschlossen, die Sache aufzugeben und die nicht ganz wegzuleugnende Schädigung des deutschen Freigehes in Kauf zu nehmen. — Der Staatssekretär des Innern bemerkte, daß auch die Reichsverwaltung sich wiederholt mit der Frage der Einwirkung des Panamakanals auf die deutsche Handelschifffahrt beschäftigt habe; sie sei aber zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen wie England, daß nämlich dieser Kanal für die europäische Schifffahrt keine wesentlichen Umwälzungen ergeben werde. Der nächste Weg nach Australien und Ozeanien bleibt immer noch die Fahrt durch den Suezkanal. Es kommt hinzu, daß der Suezkanal an zahlreichen bedeutenden Handelsländern vorüberführt, in denen Zölle erhoben werden, während solche für die europäische Schifffahrt bei Benutzung der Panamatik nicht vorhanden sind.

Der Staatssekretär des Kolonialamts befürwortete die Subvention der Samoalinie vom national- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte aus. Schon 80 bis 40 Millionen europäischen Kapitals sind in Samoa angelegt. Ein Zentrumsantrag fordert für die Samoanare auf den vom Reiche unterstützten Dampferlinien freie Ausreise. Der Antrag wurde angenommen, ebenso der Antrag betreffend die Australialinie.

Die Budgetkommission hat damit ihre Arbeiten bis auf die Duala-Enteignungsfrage beendet. Diese soll am Sonnabend früh oder Montag abend zur Verhandlung kommen.

Magnahmen gegen den Geburtenrückgang.

Die Denkschrift über die Ursachen des Geburtenrückgangs ist jetzt fertiggestellt worden und wird vorläufiglich im nächsten Monat dem Parlament zur Kenntnisnahme zugehen. Sie ist äußerst umfangreich und enthält eingehendes Material, das zur Beleuchtung der Frage dient und weitere Vorschläge zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs macht. Die Denkschrift soll dann einer De-

batrou gegen die preussischen Linien antranten. Sie haben sich aber den Kopf zerbrochen. Als sie auf 500 Schritte vor den ganz verdeckt liegenden Preußen angefangen waren, erriethen diese ihr Schnellfeuer, und in einigen Minuten war aus der dänischen Sturmflotte ein Knäuel geworden, der sich im Wute wälzte.

Offenbar hatte ich zudem die Worte, welche schon eine Replik waren, in meiner impulsive Weise lauter gesprochen, als es die patriotische Ehre gestattet. Das Resultat dieser Mißverständnisse war, daß der Kaiser mit hochgradigem Ärger, schmerzlichen Äußerungen auf der Seite und mit vorwiegendem Mißtrau, plötzlich umwandte und zu seinem Schreibtisch ging. Hiermit war die so überaus gnädig begonnene Audienz plötzlich sehr ungnädig abgebrochen. Wie gebannt stand ich noch einen Moment, verbeugte mich dann ehrerbietig und ging rasch ein.

Kaum 30 Minuten darauf meldete ich mich bei Crenneville zur Audienz auf den Kriegsschauplatz und bat um seine Befehle. Meinen gnädigen Gönner vom Kriegsjahre 1859 vermochte ich nicht mehr zu erkennen. Crenneville, der sich bei der Meldung am vorausgegangenen Tage noch emporgerichtet hatte, blieb jetzt auf seinem Fautouss und nach dem historischen Schreibstil nachlässig sitzen, fixierte mich mit der Dornigkeit, die er stets trug, und antwortete auf meine Bitte um seine Befehle eifrig fast: „Für einen Offizier, der nicht geborchen kann, habe ich keine Befehle. Adieu.“ Damit war mein Schicksal besiegelt; man wartete nur noch auf einen geeigneten Zeitpunkt, um mir den Abschied zu geben. Ich begreife damals schon, was wahrscheinlich es ist, daß der Kaiser jetzt wohl oft nach 42 Jahren erzählt, was mir Crenneville schon wegen meiner Affäre an Gabelsberg Seite gram gemorden, nun zürnte er mir vollends, weil er sofort nach dieser ominösen Privataudienz sehr ungnädige Worte vom Allerhöchsten Herrn vernahmen mußte.

Als ich bei meiner Rückkehr nach Jütland Gohlsen über den Verlauf der Audienz Bericht erstattete, sagte er: „Genug, daß Sie sich den Mund verbrannt haben; ich werde mich unter solchen Umständen wohl helfen, aber die Gerechtigkeit zu sprechen.“ Mit diesen Worten trat er an seinen Schreibtisch, nahm das Memorandum heraus, in welchem alle Wahrnehmungen niedergelegt waren, die er im Laufe des dänischen Feldzuges gemacht hätte, und warf es in das brennende Kaminfeuer. Das er unredlich getan? Es hätte ja doch nichts mehr genützt, denn die Dänen wußten, daß wir ihnen mit unserer Verdorbenheit nicht bekommen könnten, und beschloßen schon anno 1864 den Krieg, falls wir nicht auf die Teilung Deutschlands mit der Mainlinie eingehen wollten. Darüber bin ich ganz genau informiert. Es wurde mir von nahegehabter Stelle in dieser rein politischen Frage klarer Meinung geäußert.

sonderen Kommission von Sachverständigen, die auf dem Gebiete sich eingehend betätigt haben, überwiegen werden.

Weiter wird angenommen, daß die Veröffentlichung des betrüfflichen Materials nicht nur in engeren, sondern auch in weiteren Kreisen zu der Erkenntnis führen wird, daß hier unbedingt praktische Arbeit geleistet werden muß. Hierzu dürfte die Anregung gehören, eine Zentralstelle zu schaffen, von der aus die Behandlung systematisch betrieben werden kann. Es ist dabei zu beachten, daß hier nur eine großartige Organisation helfen kann, und ermahnt ist es vor allem, daß die Vereine zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in den Dörfern der guten Sache gefolgt werden. In der preussischen erweiterten wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen ist die Frage bereits eingehend erörtert und den Regierungspräsidenten zur Ausführung zugeandt worden, wobei die Präzidenten gehört wurden. Ueber die Frage der Voraussetzungen und Folge einer Aenderung der Geburtsregister in der Richtung einer Berücksichtigung linderlicher Familien wird das zuständige Ressort eine Denkschrift ausarbeiten, die dem Parlament vorgelegt werden soll. Zu den Anregungen, die in der Frage gegeben wurden, gehört ferner, daß die Staatsregierung der Privatindustrie die Anregung gibt, linderliche Familien bei der Bemessung der Löhne besonders zu berücksichtigen. Auf gesetzgeberischem Gebiete sind sich die Ressorts einig darüber, daß der von den bürgerlichen Parteien des Reichstages eingebrachte Gesetzentwurf gegen die antikonzeptionellen Mittel möglichst bald zur Einführung gelangen soll, sobald das Plenum hierüber beschloßen hat.

Seekriegsrechtsfragen in englischen Unterhanse.

Die Fragen der Blockade und Kaperei offenbaren täglich in englischen Unterhanse einen erheblichen Gegensatz zwischen den Ministern Churchill und Grey. Während nämlich ersterer einer Aufhebung dieser für alle anderen Staaten mit Ausnahme des seefahrerischen Englands höchst gefährlichen Maßnahme sich nicht unbedingt abgeneigt zeigte, trat Grey aus energischer für die Beibehaltung ein. Seine Rede war wieder voll der merkwürdigen Widersprüche. Man kann es auch ruhig aussprechen, die ganze Rede war lediglich auf die Möglichkeiten eines deutsch-englischen Zukunftskrieges zugeschnitten. Er betont ausdrücklich, daß die Operationen der Flotte einen Druck auf das Land des Gegners ausüben sollen. Eine völkerrechtsmäßige Unterbindung dieser Möglichkeit aber würde „den Krieg zu einer einseitigen Sache machen“ und „ein großes Land auf dem Kontinent begünstigen“. Dieses „große Land“ ist für Sir Grey überhaupt der europäische Festland. Er macht ausdrücklich zwar keine direkten Vorwürfe, aber aus seinen ungeschickten Bemerkungen klingt die Behauptung aggressiver Absichten deutlich genug hervor. Grey sagte u. a. Es pflegt angenommen zu werden, daß die anderen Nationen des Kontinents nur auf ein Wort von uns in dieser Frage warten, um ihre Flottenausgaben herabzusetzen. Dies pflegt insbesondere auf Deutschland angewendet zu werden. Während die gegenwärtige Regierung im Amte ist, hat sie niemals die geringste Andeutung von irgend einer kontinentalen Macht, fernerlich nicht von der deutschen Regierung, erhalten, daß ihre Flottenausgaben in irgend einer Weise vermindert seien mit der Frage der Unverletzlichkeit des Privatgeheimnisses zur See. Rein anderes Land kam zu uns, um zu sagen: „Wenn ihr dem zustimmt, wird es uns in die Lage legen, unsere Flottenausgaben zu verringern.“ Meine eigene Ansicht geht dahin, daß tatsächlich nichts, was wir durch eine Aenderung der Gesetze oder der beschließlichen Bestimmungen tun können, wirklich einen sehr wesentlichen Erfolg haben wird, was die Aussehen eines Krieges oder die Küstenausgaben betrifft, eines angenommen, das ist der zunehmende Glaube bei den großen Nationen, daß sie von den guten Absichten gegeneinander besetzt sind.

Deutsches Reich.

Reichstagswahl in Coburg?

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, verhandelt der neu ernannte Staatsminister v. Bassewitz mit dem nationalliberalen Landtagsabgeordneten Regierungsrat Karl Herm. Quard über die Übernahme des Amtes eines Ministerialrats. Regierungsrat Quard wurde bereits vom Herzog empfangen, die Verhandlungen stehen anscheinend vor dem Abschluß. Werden sie perfekt, lo muß in Coburg, dem heimatlichen thüringischen Wahlkreise, eine Neuwahl stattfinden. Dann der kräftigen Unterstützung der Fortschrittler, die in der Stichwahl bis auf den letzten Mann für den nationalliberalen Kandidaten Quard eintraten, gelang es dort dem Liberalismus, der Sozialdemokratie, die 6199 Stimmen bei der Hauptwahl aufgebracht hatte (gegen 4740 Natl. und 3540 Fortschrittler), den Wahlkreis abzunehmen.

Der Streik an der Handelshochschule

dauert fort. Das Dozentenkollegium hat Donnerstag wieder Stundenlang über die Sachlage beraten. Seine Beschlüsse werden vorläufig geheim gehalten. Der „Voss. Ztg.“ zufolge wird voraussichtlich die Aufsichtsbehörde in den nächsten Tagen versuchen, den leidigen Zwist aus der Welt zu schaffen.

Die überflüssigen Kommandantenstellen. Zur zweiten Beratung des Militärätares haben die Reichstagsabgeordneten Erzberger, Gosen, Viehling, Vlt, Schilling, Müller-Meinungen und Schiffer-Magdeburg beantragt, die Ansprüche für die Kommandanten in Karlsruhe, Darmstadt und Königsberg zu freiden und für Stuttgart als Kommandanten nur einen pensionierten Offizier mit 3552 Mark Stellenzulage an Stelle eines aktiven Offiziers mit Gehalt, Dienstzulage und Wohnungsgeldzuschuß anzusetzen.

Die Sonntagsubkommission des Reichstages legte am Donnerstag die Beratung über die Beschäftigung der Angestellten in den Kontoren fort. Ein Zentrumsmitglied beantragte, für die Geschäftsräumlichkeiten eine Sonn-

tagsbeschäftigung bis zu einer Stunde zuzulassen. Ein Antrag der bürgerlichen Parteien will der höheren Verwaltungsbehörde die Möglichkeit geben, in Geberebetrieben eine Beschäftigung bis zu zwei Stunden zuzulassen, soweit es sich um die Abergierung und Beförderung von Gütern handelt. Der Antrag wurde angenommen. Ein anderer Antrag der Ausgleichsparteien, der die Arbeit in den Kontoren unterlag, wurde ebenfalls angenommen. In der Zulassung einer Arbeiterzeit für Geschäftszwecke abgelehnt. Im Expeditions- und Schiffsmatrosenberufe soll eine Beschäftigung bis zu 5 Stunden erlaubt sein. Eine längere Erörterung mußte sich an den 3. Ber. die Aufnahmebestimmungen für gelehrtete Studenten. Die einschlägigen Bestimmungen wurden schließlich mit 17 gegen 4 Stimmen abgelehnt, einige Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Angenommen wurde ein Zentrumsantrag, der die Verlängerung der Sonntagsarbeit in solchen Fällen ausschließt, in der sie schon nach § 105b der Gewerbeordnung kürzer bemessen ist, als nach dieser Vorschrift. Die erste Lesung wurde beendet.

Die Unterrechtskommission des Abgeordnetenhauses beriet in ihrer Sitzung am Mittwoch abend zunächst den Antrag Schiffer und Dr. Ludewig (Natl.), betr. die religiöse Erziehung der Kinder aus Waisenhäusern. Der Antrag der beiden Antragsteller stieß auf lebhafte Widerspruch bei den Vertretern der Unterrichtsverwaltung. Die Angelegenheit kam nicht zur Erledigung; in einer späteren Sitzung soll der nationalliberale Antrag zusammen mit dem früheren Beschluß erneut behandelt werden. Die Kommission beschäftigte sich hierauf mit einer Eingabe des Preussischen Vereins für das mittlere Schulwesen auf gefällige Regelung der Bezüge der Leiter, Lehrer und Lehrerinnen an den mit 100 Schülern und Lehrern besetzten Schulpflichterziehungsanstalten. Der Regierungsvorstand machte geltend, daß eine gefällige Regelung zurzeit nicht möglich und auch nicht notwendig sei, da die Besoldungsverhältnisse an den meisten Orten durchaus zufriedenstellend seien. Die Kommission beschloß, die Petition der Regierung als Material zu überweisen.

Die Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses verhandelte in ihrer letzten Sitzung über eine Petition der Beamten und Angestellten der Knappschaftsvereine, die um gefällige Regelung ihrer Dienstverhältnisse eruchen. Zu den Aufgaben der Beamten der Knappschaftsvereine gehört es die Krankenversicherung, Invaliditätsversicherung und Privatversicherung ihrer Mitglieder durchzuführen, da sie nicht der Reichsversicherungsordnung unterliegen. Die Beamten bitten darum, daß sie fest- und nach zehnjähriger Bewährung lebenslanglich angestellt werden. Die Petition wurde zur Ermüdung überwiehen.

Der Bundesrat überwieh den Gesetzentwurf über die Haftpflicht der Eisenbahn den zuständigen Ausschüssen. Der Vorlage betr. Verlängerung des Handels- und Schiffsvertrages mit der Türkei wurde zugestimmt. Beschluß gefaßt wurde über die Vorlage betr. Vollzug von § 63 des Versicherungsgegesetzes für Angestellte. Die Vorlage betr. Ausführung des § 518 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, die Vorlage betr. Verwendung von Ueberflüssen des Sondervermögens der Landesversicherungsanstalt in Posen gemäß § 1400 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung, sowie über das deutsch-japanische Abkommen zum gegenseitigen Schutze des gewerblichen und geistigen Eigentums in China.

Die Wehrbeitragspflicht der Ausländer. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Berlin, daß von verschiedenen ausländischen Regierungen wegen der Heranziehung ihrer in Deutschland ansässigen Staatsangehörigen zum Wehrbeitrag beim Auswärtigen Amt Vorstellungen erhoben worden sind. Wie der Korrespondent des Blattes erfährt, befindet sich die Angelegenheit zurzeit im Stadium der Prüfung. — Nach dem von der Budgetkommission des Reichstages erklärten konnte, daß „nach seiner Kenntnis von ausländischen Staaten keine Vorstellungen erhoben worden“ seien.

Gegen die Verteilung von Auszeichnungen an Künstler. Die akademischen Institute der Kunstakademie zu Dresden haben eine Eingabe an den Rat und das Ministerium des Innern gerichtet, worin sie darum eruchen, daß künftig keine Titel- oder Ordensverleihungen an Künstler mehr erfolgen, um der jetzt eingetragenen Ordenssucht entgegenzuwirken. Dieser Schritt ist veranlaßt worden durch die Verteilung des Geheimratstitels an Professor Bestemeyer anlässlich seiner Berufung nach Hannover. Die Verteilung hat bekanntlich große Enttäuschung und Zwistigkeiten in der Künstlerwelt hervorgerufen. Weiter wird in der Eingabe um Aenderung der Organisation erucht.

Von den in Ausland bereiteten Aufschüssen. Laut „B. T.“ können die gestern aus Ausland zurückgekehrten Berliner Aufschüssler über die Behandlung, die ihnen seitens der Polizei und der Gerichte zuteil wurde, nicht klagen. Der Deutsche Luftfahrerkreis beschäftigt, ein Verfaßten auf Herausgabe seines Ballons S. S., der einen Wert von 10 000 M. besitzt, anzutreten.

Rheinischfabrikationskongress in Heidelberg. In Heidelberg findet heute die alljährliche Rheinischfabrikationskongress statt, zu der das Deutsche Reich, Holland, sowie Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen ihre Rheinischfabrikationsdelegierten entsandt haben.

Eine französische Ente. Gegenüber der Mitteilung des Pariser „Matin“, daß die Ausweisung der in Elsaß-Lothringen wohnhaften Franzosen durch die Regierung in Ausführung stehe, kann Wollfisch telegraphisches Bureau nach Erlaubigungen an maßgebender Stelle feststellen, daß der Regierung von Elsaß-Lothringen davon nichts bekannt ist.

Parteinachrichten.

Die vornehmste Kampfwelle der Konventionen im Wahlkreise Stendal-Ostereg, von der wir einige Proben gegeben haben, hat die nationalliberale Wahlkreisleitung zu der Entscheidung veranlaßt, daß sie in ihren Berathungen den auswärtigen konventionellen Parteitagatungen nicht mehr das Wort erteilen werde.

Der konervative Kandidat Oekonomierat Hoßfeld bestritt übrigens, daß er in Wechdorf während der Ausführungen des liberalen Redners andauernd gelacht habe; er habe nur gelächelt.

Vom Sanjahand. Am 19. Mai findet unter Vorsitz des Präsidenten des Sanjahandes, Herrn Geheimrat Prof. Dr. Rieber, eine Sitzung des Direktoriums des

